

18/2024 21. NOVEMBER

- 2 **Handelspolitik** Trumps Bumerang-Zölle
- 3 **Verteilung** Was gegen Armut hilft
- 4 **Gleichstellung** Wider die Lohnlücke
- 6 **AfD** Nicht auf der Seite der Beschäftigten
- 7 **Populismus** Verführerisch einfach

WEIHNACHTSGELD

Mehr Geschenke dank Tarif

Gut die Hälfte der Beschäftigten erhält zum Jahresende eine Sonderzahlung. Wer nach Tarif bezahlt wird, hat besonders gute Chancen.

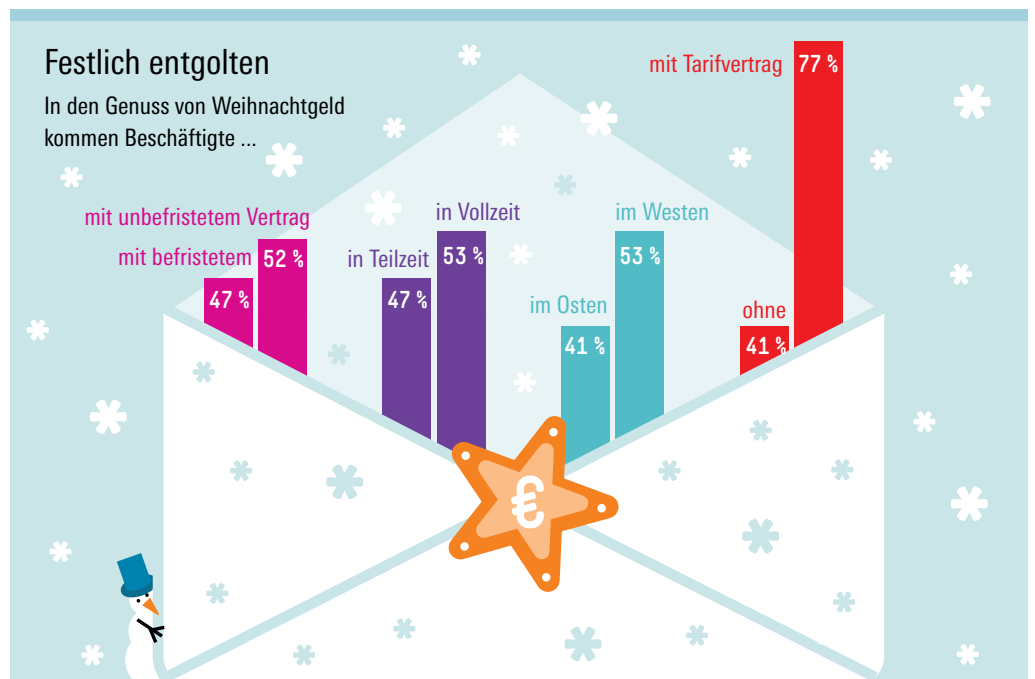
Beim Blick auf den Kontoauszug gibt es in diesen Wochen für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Grund zur Freude: Das Weihnachtsgeld wird ausgezahlt. Es beträgt in einigen Branchen mehrere tausend Euro, wie eine Analyse des WSI-Tarifarchivs zeigt. Allerdings profitieren der Auswertung zufolge längst nicht alle Beschäftigten von einer Sonderzahlung, sondern nur gut die Hälfte. Datengrundlage ist eine Online-Befragung – Lohnspiegel.de – mit mehr als 62.000 Teilnehmenden.

Den größten Unterschied macht die Tarifbindung: Von den Beschäftigten mit Tarif bekommen 77 Prozent Weihnachtsgeld – fast doppelt so viele wie in Betrieben ohne Tarifvertrag.

„Beschäftigte in Unternehmen mit Tarifvertrag sind doppelt im Vorteil,“ so der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Thorsten Schulzen. Zum einen erhielten sie in der Regel ein höheres Grundgehalt, zum anderen deutlich häufiger Zusatzleistungen wie das Weihnachtsgeld. „Auch wenn sich die Inflationsraten wieder normalisiert haben, ist das Preisniveau höher als vor dem Teuerungsschub. Eine Bezahlung nach Tarif, die unter anderem Weihnachtsgeld garantiert, ist da besonders wichtig“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI.

In den meisten großen Tarifbranchen existieren gültige tarifvertragliche Bestimmungen zum Weihnachtsgeld oder

einer ähnlichen Sonderzahlung, die zum Jahresende fällig wird. Bei den mittleren Entgeltgruppen reicht sie von 250 Euro in der Landwirtschaft bis zu 4039 Euro in der Chemieindustrie. Am stärksten stieg das Weihnachtsgeld 2024 gegenüber dem Vorjahr mit 14,1 Prozent im brandenburgischen Einzelhandel, um 13,8 Prozent bei der Deutschen Bahn AG und um 12,1 Prozent im öffentlichen Dienst der Gemeinden. Zwischen den ost- und westdeutschen Tarifgebiete



Quelle: WSI 2024

ten bestehen in einigen Branchen nach wie vor erhebliche Unterschiede. Ein annähernd gleich hohes Weihnachtsgeld wird etwa im Bank- und Versicherungsgewerbe, in der Eisen- und Stahlindustrie oder bei der Deutschen Bahn gezahlt. In anderen Branchen können die Unterschiede mehrere hundert Euro ausmachen. <

Trumps Bumerang-Zölle

Die vom ehemaligen und neuen US-Präsidenten geplanten Zölle würden die deutsche Wirtschaft hart treffen. Die größten Einbußen sind aber in den USA selbst zu erwarten.

Im Wahlkampf hat Donald Trump unter anderem einen Zoll von 60 Prozent auf „alles“ aus China und Zölle von zehn bis 20 Prozent auf alle anderen Importe angekündigt. Dadurch drohen massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) könnte in den ersten beiden Jahren nach Einführung der Zölle gut ein Prozent niedriger ausfallen als ohne sie. Die USA würden sogar bis zu fünf Prozent der Wirtschaftsleistung einbüßen. Das ergeben Simulationsrechnungen des IMK. Mit kurzfristig umgesetzten Investitionsprogrammen könnten die Bundesrepublik und die EU den negativen Effekt dämpfen, schreiben Sebastian Dullien, Sabine Stephan und Thomas Theobald vom IMK.

Die Forschenden haben die Auswirkungen der zu erwartenden Handelspolitik anhand von Szenarien simuliert. Das Szenario „Trump 1“ beinhaltet kräftige Erhöhungen der Zölle gegenüber China sowie Zollerhöhungen gegenüber dem Rest der Welt, die eher am unteren Rand der Ankündigungen liegen. Im Szenario „Trump 2“ gibt es darüber hinaus kräftigere Zollerhöhungen gegenüber dem Rest der Welt sowie starke handelspolitische Reaktionen Chinas gegenüber den USA.

Beide Szenarien laufen zunächst einmal auf weniger Wachstum in den USA hinaus, ergeben die Berechnungen. Ein wichtiger Grund: Die Konsumentenpreise steigen, sodass die Kaufkraft der US-Privat Haushalte sinkt. Zugleich dürfte die steigende Inflation die US-Notenbank zu einem restriktiveren Kurs veranlassen. Auf Seiten der US-Handelspartner dämpfen schrumpfende Exportnachfrage und fallende Gewinnmargen das Wachstum. Zudem vergrößern sich die BIP-Verluste bei chinesischen Vergeltungsmaßnahmen, die wiederum am stärksten auf die USA direkt wirken würden.

„Bemerkenswert ist, wie hart die US-Ökonomie in diesem Szenario getroffen wird“, betonen die Forschenden. Ende 2025, ein knappes Jahr nach der in der Simulationsrechnung angenommenen Einführung der Zölle, läge das US-BIP im „Trump 2“-Szenario um knapp vier Prozent niedriger als im Szenario ohne neue Zölle. Im vierten Quartal 2026 wären es sogar mehr als fünf Prozent und Ende 2028 noch knapp fünf Prozent. Im Szenario „Trump 1“ ohne chinesische Gegenmaßnahmen fiel das US-BIP Ende 2025 um gut zweieinhalb

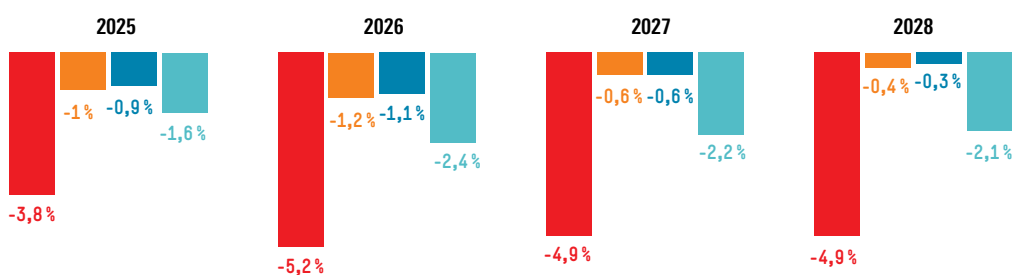
Prozent niedriger aus als ohne Zoll-Eskalation, Ende 2028 um knapp dreieinhalb Prozent. Donald Trump verfolge mit seinen Zöllen das Ziel, die heimische Produktion zu stärken, heißt es in der Analyse. Ein sehr deutlicher Rückgang der US-Importe in den Simulationsergebnissen weist darauf hin, dass es diesen Effekt tatsächlich gibt. Da allerdings die anderen, wachstumshemmenden Effekte für die US-Wirtschaft stärker sind, ergibt sich unter dem Strich das deutliche Minus.

Die deutsche Wirtschaft müsste im Szenario „Trump 2“ in den beiden Jahren nach Einführung der Zölle Wachstumseinbußen in Höhe von mehr als einem Prozent des BIP hinnehmen. Die negativen Auswirkungen für den Euroraum insgesamt haben eine ähnliche Größenordnung. Gegensteuern könnten Deutschland und Europa nach Analyse der Forschenden mit einer expansiveren Finanzpolitik, etwa durch eine schnelle Umsetzung eines kreditfinanzierten öffentlichen Investitionsprogramms. Eine solche fiskalpolitische Stabilisierung hätte das Potenzial, den Zollschock zu einem beträchtlichen Teil abzufedern.

„Angesichts der Wiederwahl Donald Trumps sollten die deutsche und die europäische Politik solche Maßnahmen

Kostspieliger Protektionismus

So würden sich laut IMK die von Donald Trump angekündigten Zollerhöhungen* und chinesische Gegenreaktionen** auswirken auf das Bruttoinlandsprodukt der USA, Deutschlands, der Eurozone, der Welt ...



jeweils 4. Quartal, * 60 % auf Importe aus China, 15 % auf alle übrigen Importe, ** 60% auf Importe aus den USA; Quelle: IMK 2024

Hans Böckler Stiftung

jetzt zügig in Angriff nehmen“, sagt IMK-Direktor Dullien. „Gerade Deutschland hat ja ohnehin einen enormen Investitionsbedarf, um die öffentliche Infrastruktur auf die Höhe der Zeit zu bringen. Trumps Pläne sind noch ein zusätzlicher Grund, schnell die Voraussetzungen zu schaffen und nicht erst bis zu Neuwahlen zu warten. Dazu gehört es auch, über eine Reform der Schuldenbremse für den notwendigen finanziellen Spielraum zu sorgen.“ <

Quelle: Sebastian Dullien, Sabine Stephan, Thomas Theobald: US-Wahlen: Trumps Zollpläne würden auch deutsche Wirtschaft empfindlich treffen, IMK-Kommentar Nr. 12, Oktober 2024 [Link zur Studie](#)

Was gegen Armut hilft

Die Zunahme der Armut ließe sich stoppen. Dazu sind Maßnahmen auf verschiedenen politischen Ebenen nötig.

Seit 2010 sind die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland und die Armut deutlich gestiegen. Das hat für viele Menschen drastische Folgen in ihrem Alltag: Schon 2021, also vor dem Beginn der Inflationswelle, hatten mehr als 40 Prozent der Armen und über 20 Prozent der Menschen in der Gruppe mit prekären Einkommen etwas oberhalb der Armutsgrenze keinerlei Rücklagen, um kurzfristige finanzielle Notlagen zu überbrücken. Rund zehn Prozent der Armen waren zudem finanziell nicht in der Lage, abgetragene Kleidung zu ersetzen. Knapp 17 Prozent konnten sich Freizeitaktivitäten wie einen Kinobesuch im Monat oder den Besuch einer Sportveranstaltung nicht leisten. Knapp 14 Prozent fehlte das Geld, um wenigstens einmal im Monat Freunde zum Essen einzuladen. Das geht aus dem jüngsten Verteilungsbericht des WSI hervor, den Dorothee Spannagel und Jan Brülle verfasst haben.

Die Analysen der Forschenden zeigen zudem, dass Menschen mit geringen Einkommen öfter mit dem politischen System hadern als andere. Während in der oberen Mittelschicht immerhin 52 Prozent der Menschen die Einschätzung äußern, sie hätten die Möglichkeit, auf die eigenen Anliegen aufmerksam zu machen, sind es bei den Armen nur 44 Prozent. Der Zuschreibung, „die regierenden Parteien betrügen das Volk“ stimmen mehr als ein Drittel der Menschen in Armut und mit prekären Einkommen zu, während das in der oberen Mitte etwas mehr als ein Viertel so sieht. Von den Armen erklären knapp 20 Prozent, bei der nächsten Bundestagswahl nicht wählen gehen zu wollen. Mit steigendem Einkommen sinkt der Anteil – bis auf knapp elf Prozent in der oberen Einkommensmitte. Arme entwickelten eine erhebliche – und bedenkliche – Distanz zur Demokratie, warnen Spannagel und Brülle.

Sie nennen Ansatzpunkte zur Bekämpfung von Armut, Marginalisierung und Verunsicherung, die sich in den vergangenen Jahren bis in die Mittelschicht ausgebreitet hat.

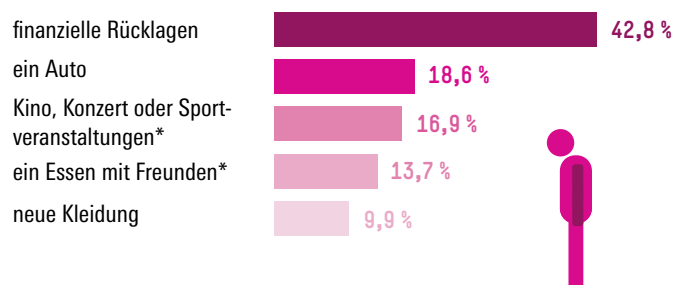
Wirksame Grundsicherung: Die Regelsätze der sozialen Grundsicherung müssen nach Analyse der Forschenden so weit angehoben werden, dass sie „ein Mindestmaß an Teilhabe tatsächlich ermöglichen“. Zudem gelte es, die nach wie vor hohe Quote derer zu reduzieren, die einen Anspruch auf eine Grundsicherungsleistung nicht geltend machen, „etwa aus Unwissenheit oder Angst vor Stigmatisierung“.

Qualifizierung und Vereinbarkeit: Parallel könnten Qualifizierungsmaßnahmen für Menschen am Rande des Arbeitsmarktes die Teilhabemöglichkeiten nachhaltig verbessern, so Brülle und Spannagel. Ebenso wichtig sei die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um gerade jenen Menschen, meist Frauen, die sich verstärkt um Kinderbetreuung kümmern, auch eine Vollzeitberufstätigkeit zu ermöglichen. „Eine volle, sichere, sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung ist in unserer Gesellschaft einer der Schlüssel für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Menschen mit soliden, nachhaltig abgesicherten Teilhabemöglichkeiten haben auch eine höhere politische Teilhabe“, betonen die Forschenden.

Wofür die Mittel fehlen

So vielen Armen fehlt es an Geld für ...



*einmal im Monat; Quelle: WSI 2024

Hans Böckler
Stiftung

Sicherheit durch Sozialversicherung: Gesellschaftliche Teilhabe für Menschen in der unteren Mitte der Gesellschaft könne besonders durch Sozialversicherungssysteme gestärkt werden, „die eine angemessene Balance zwischen solidarischem Ausgleich und Sicherung des individuellen Lebensstandards finden“, schreiben die Fachleute. Hier gehe es etwa um ein stabiles Rentenniveau in Kombination mit einer auskömmlichen Grundrente.

Bessere Infrastruktur: Zusätzlich halten es die Forschenden für zentral, soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zu stärken. Dazu zählen sie unter anderem ein gutes Quartiersmanagement, eine bessere Ausstattung des Bildungssystems, eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung und einen gut ausgebauten ÖPNV. Solche Maßnahmen kämen allen zugute. Besonders wichtig seien sie aber für die Teilhabe der unteren Einkommensgruppen. Denn „Menschen mit sehr niedrigen finanziellen Ressourcen können Defizite in der öffentlichen Infrastruktur nicht durch eigene Ressourcen kompensieren und eben nicht auf oftmals teure private Alternativen ausweichen“.

Zur Finanzierung dringend notwendiger Investitionen beitragen würde „neben einer Reform der Schuldenbremse auch eine wirksamere Besteuerung sehr großer Vermögen, die auch der gewachsenen wirtschaftlichen Ungleichheit entgegenwirken kann“, sagt Bettina Kohlrausch, die wissenschaftliche Direktorin des WSI. <

Quelle: Dorothee Spannagel, Jan Brülle: Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte, WSI-Verteilungsbericht 2024, WSI Report Nr. 98, November 2024 [Link zur Studie](#)

Wider die Lohnlücke

Frauen sind im Hinblick auf Lohn, Aufstiegschancen und Sorgearbeit nach wie vor benachteiligt. Damit sich das ändert, muss sich auf betrieblicher, gesetzlicher und gesellschaftlicher Ebene etwas tun.

Der Fortschritt ist bisweilen eine Schnecke – besonders in Sachen Geschlechtergleichheit. Wie weit der Weg dahin auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch ist, welche Hindernisse es gibt und wie sie sich überwinden lassen, hat die Wirtschaftswissenschaftlerin und Beraterin Andrea Jochmann-Döll analysiert. Dafür hat sie Literatur ausgewertet sowie die Verantwortlichen für Frauen- und Gleichstellungspolitik des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften befragt. Ihr von der Hans-Böckler-Stiftung geförderter Bericht ist Teil eines Projekts zum Stand der Entgeltgleichheit in den nordischen Staaten und in Deutschland, das der Rat der nordischen Gewerkschaften, die Friedrich-Ebert-Stiftung und der DGB initiiert haben. „Die Studie macht deutlich, dass Entgeltgleichheit von Frauen und Männern kein Wunschtraum ist, denn es gibt erprobte Mittel gegen Lohnungleichheit“, so Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Doch der Weg dorthin ist vielerorts noch weit.“

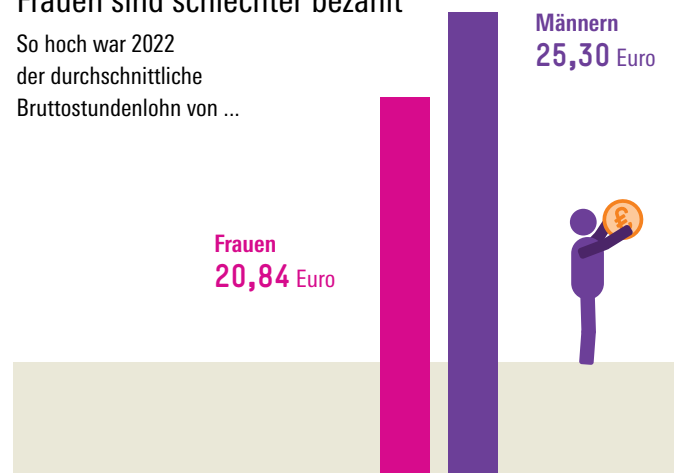
Der Gender Pay Gap ist der Auswertung zufolge in Deutschland „im Vergleich zu anderen europäischen Ländern konstant hoch“, 2022 entsprach er 18 Prozent oder 4,46 Euro. Als eine Ursache für die klaffende Lohnlücke macht Jochmann-Döll unzureichende gesetzliche Regelungen und fehlende Sanktionen aus. Das Entgelttransparenzgesetz, das seit 2017 in Kraft ist, habe nur wenig gebracht; einer Evaluation zufolge ist es nur einem Drittel der Beschäftigten bekannt, nur vier Prozent haben ihr Recht auf individuelle Auskunft bislang in Anspruch genommen. Grundsätzlich spiegelt die geschlechtsspezifische Bewertung von Arbeit hartnäckige stereotype Überzeugungen wider, die unter anderem dazu führen, dass soziale oder Sorgeberufe, in denen viele Frauen arbeiten, bei der Bezahlung trotz einiger Verbesserungen in den vergangenen Jahren immer noch unterbewertet sind. Hinzu komme, dass sinkende Tarifbindung und fehlende Mitbestimmung zu intransparenten Entgeltstrukturen führen, die den Nachweis von Diskriminierung erschweren.

Die Autorin illustriert anhand von „Beispielen guter Praxis“, was zu mehr Lohngerechtigkeit beitragen könnte. Sinnvoll sind demnach zum einen Aktionen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit wie der „Equal Pay Day“ oder der „German Equal Pay Award“. Von den Bundesländern tut sich etwa Bremen durch die „Landesstrategie für Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit“ hervor, Hessen und Nordrhein-Westfalen durch einen „Lohnatlas“ mit geschlechtsspezifischen Daten. In der betrieblichen Praxis können kostenlose Prüfinstrumente wie der „Entgeltgleichheits-Check“ helfen, der mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung entwickelt wurde. Dass die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen, belegt unter anderem die „Initiative Lohngerechtigkeit“ der NGG.

Eine weitere Dimension der Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt sei die „sektorale Segregation“, schreibt Jochmann-Döll. Sie verweist auf eine WSI-Studie von 2023, der zufolge in acht von 16 Sektoren des produzierenden Gewerbes sowie der Land- und Forstwirtschaft die Beschäftigten zu mehr als 70 Prozent Männer sind. Die einzigen drei frauendominierten Sektoren – das Gesundheitswesen, das Sozialwesen sowie der Bereich Erziehung und Unterricht – gehören zu den Dienstleistungen. Von 14 Berufssegmenten waren 2022 sieben männerdominiert. Auf einen Frauenanteil von mehr 70 Prozent kamen drei: die Gesundheitsberufe, soziale und kulturelle Dienstleistungsberufe sowie Reinigungsberufe. Seit 2013 hat sich an dieser Unwucht wenig geändert. Auch in der Berufsausbildung zeichnet sich kein Umbruch ab: Bei den MINT-Berufen betrug der Frauenanteil 2021 elf Prozent, im Gesundheits- und Sozialwesen 89 Prozent.

Frauen sind schlechter bezahlt

So hoch war 2022
der durchschnittliche
Bruttostundenlohn von ...



Quelle: Jochmann-Döll 2024

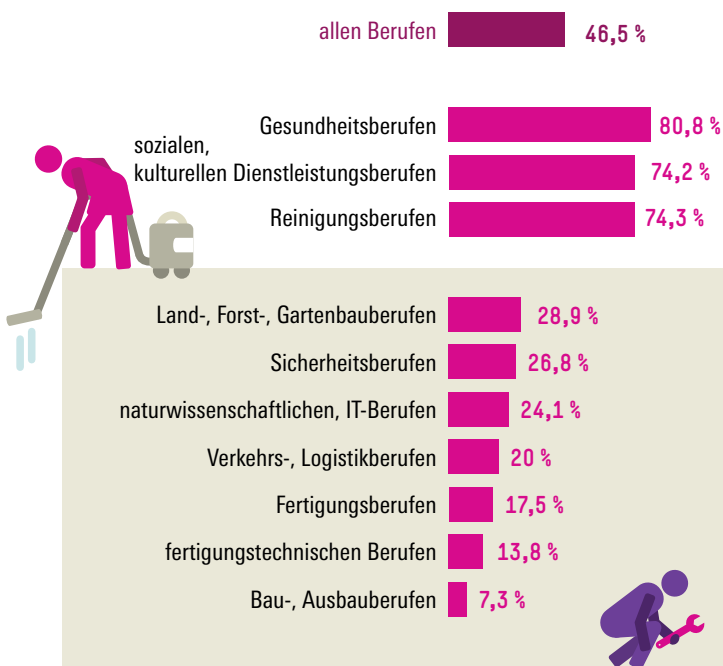
Hans Böckler
Stiftung

Verantwortlich für diese Situation sind dem Bericht zufolge unter anderem vorherrschende Geschlechterbilder, die die Berufswahl beeinflussen. Frauen in atypischen Berufen würden oft diskriminiert und hätten laut einer aktuellen Studie sogar schlechtere Karten auf dem Dating-Markt. Auf Seiten der Unternehmen kämen Vorurteile in vielen Stellenanzeigen oder Einstellungsverfahren zum Ausdruck. Auch in dieser Hinsicht sei die Erosion des Tarifsystems ein Problem: Wenn alte Tarifverträge mit historischen Stellenbeschreibungen weiter gelten, würden Stereotype reproduziert.

Zu den vorbildlichen Gegenmaßnahmen zählt die Expertin den „Girls' Day“, der Mädchen ermöglicht, männerdominierte Berufe kennenzulernen, den analogen „Boys' Day“ sowie die „Initiative Klischeefrei“, ein vom Bundesfamilien-

Geschlechtergetrennte Berufe

So hoch war 2022 der Frauenanteil bei ...



Quelle: Jochmann-Döll 2024

Hans Böckler
Stiftung

ministerium ins Leben gerufenes Bündnis unter anderem von Ministerien, Unternehmen, Gewerkschaften und Schulen. Auch dass Informatik in diversen Bundesländern mittlerweile Pflichtfach ist, könnte der Segregation bei der Berufswahl entgegenwirken.

Ungleichheit zwischen den Geschlechtern herrscht laut der Analyse auch bei den familiären Verpflichtungen: Laut Daten des Statistischen Bundesamtes von 2022 kommen Frauen im Schnitt auf knapp 30 Stunden pro Woche, die sie mit unbezahlter Arbeit im Haushalt, Kindererziehung oder der Pflege von Angehörigen verbringen, Männer auf 21 Stunden. Der Gender Care Gap entspricht damit etwa 44 Prozent, zehn Jahre zuvor waren es gut 52 Prozent.

Neben stereotypen Einstellungen zu Haushalt und Pflege trage auch die Lohnlücke zu diesem Missstand bei, erklärt Jochmann-Döll. Sie lasse es vielen Paaren wirtschaftlich vernünftig erscheinen, dass die Frau den Löwenanteil der Sorgearbeit übernimmt und dafür beruflich kürzertritt. Hinzu kämen Defizite bei der institutionellen Kinderbetreuung – 2023 fehlten rund 400 000 Kita-Plätze und 125 000 Fachkräfte in diesem Bereich – und das Ehegattensplitting, das große Einkommensunterschiede bei Paaren belohnt.

Gegensteuern ließe sich der Wissenschaftlerin zufolge mit Kampagnen wie dem „Equal Care Day“ sowie mit der im Koalitionsvertrag angekündigten „Familienstartzeit“, die nach der Geburt eines Kindes unabhängig von der Elternzeit Freistellungen vorsieht. Auch die Tarifpolitik könne einen Beitrag leisten: Die IG Metall etwa habe 2018 für die Beschäftigten der Metall- und Stahlindustrie eine Wahlmöglichkeit zwischen mehr Geld oder mehr Urlaub ausgehandelt. Die EVG habe Regelungen unter anderem zu familienfreundlicher Arbeitszeitgestaltung und Chancengleichheit von Beschäftigten mit familiären Verpflichtungen durchgesetzt.

Zuletzt geht der Bericht auf die „gläserne Decke“ in deutschen Firmen ein. Mit 29 Prozent Frauenanteil in Führungspositionen lag Deutschland 2022 unter dem EU-Schnitt. In den Vorständen der Top-200-Unternehmen beträgt der Anteil 18 Prozent. Lediglich in den Aufsichtsräten ist er höher, weil hier zum einen eine gesetzliche Quote gilt und zum anderen die Gewerkschaften in mitbestimmten Unternehmen traditionell Wert auf mehr Geschlechtergleichheit legen.

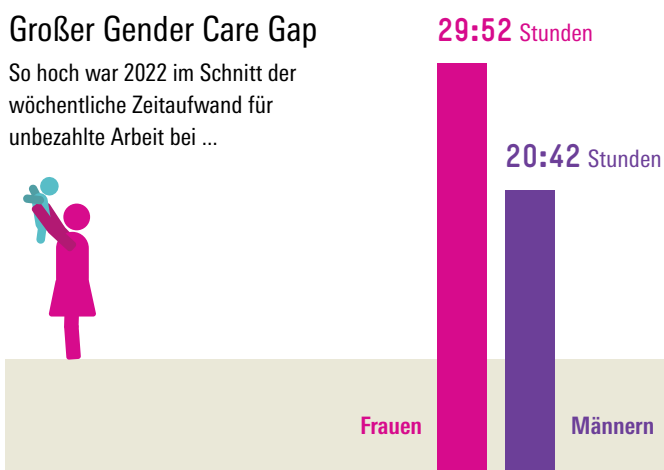
Als Hindernisse, mit denen Frauen auf dem Weg in die Chefetage rechnen müssen, nennt Jochmann-Döll verbreitete Klischees, denen zufolge Führungskompetenz und strategisches Denken Männerdomänen sind. Zudem gebe es in vielen Konzernen Männer-Netzwerke, die die Karrieren von Geschlechtsgenossen fördern.

Auf ein Durchbrechen der gläsernen Decke zielen unter anderem die Initiative „Frauen in die Aufsichtsräte“ ab, heißt es in der Analyse. Auch freiwillige Frauenquoten bei Gewerkschaften und einzelnen Unternehmen seien begrüßenswert, ebenso Programme für mehr Teilzeit in Führungspositionen bei einigen Konzernen.

Alles in allem stelle die systematische Unterbewertung frauendominierter Berufe und Branchen das größte Hindernis auf dem Weg zu mehr Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt dar, so Jochmann-Döll. Um Abhilfe zu schaffen, bedürfe es unter anderem einer Stärkung der Tarifbindung. Die Bundesregierung müsse das Entgelttransparenzgesetz vollumfänglich an die Vorgaben der EU anpassen. Es gelte, die Sichtbarkeit von Frauen in männerdominierten und von Männern in frauendominierten Berufen zu erhöhen, damit Jugendliche sich an Vorbildern orientieren können. Das Ehegattensplitting sollte abgeschafft, das Elterngeld

Großer Gender Care Gap

So hoch war 2022 im Schnitt der wöchentliche Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit bei ...



Quelle: Destatis 2024

Hans Böckler
Stiftung

vom individuellen Einkommen entkoppelt und mit mehr verpflichtenden Partnermonaten verbunden werden. Zusätzlich empfiehlt die Autorin, die Familienstartzeit umsetzen, die Betreuung von Kleinkindern zu verbessern, eine Entgeltersatzleistung für pflegende Beschäftigte einzuführen, die Quotenvorgaben für Führungspositionen auszubauen und auf mehr Teilzeit im Management hinzuwirken. <

Quelle: Andrea Jochmann-Döll: Entgeltgleichheit – Wege zum Ziel, Working Paper der HBS-Forschungsförderung Nr. 356, Oktober 2024 [Link zur Studie](#)

Nicht auf der Seite der Beschäftigten

Wenn es um kollektives Arbeitsrecht geht, laufen die Positionen der AfD den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zuwider.

Rechtspopulistische Parteien nehmen für sich gern in Anspruch, auf Seiten der „kleinen Leute“ zu stehen. Tatsächlich spielt ihre Programmatik oft eher den Reichen und Mächtigen in die Hände. Das gilt auch für die AfD: Laut einer vom HSI geförderten Studie des Sozialwissenschaftlers Michael Barthel vom Verein zur Bewahrung der Demokratie betrachtet die Partei Fragen des kollektiven Arbeitsrechts „primär unter dem Aspekt des wirtschaftlichen Erfolgs der Unternehmen“. Bei einer Regierungsbeteiligung sei mit Einschränkungen des Streikrechts, Aufweichungen der Tarifautonomie, erschwerten Bedingungen für Gewerkschaften und Druck auf die betriebliche Mitbestimmung zu rechnen.

Ernesto Klengel, der wissenschaftliche Direktor des HSI, meint zu den Ergebnissen: „Dass die selbsternannte Partei der kleinen Leute zum Sozialstaat oder zu den individuellen Rechten von Beschäftigten wie dem Mindestlohn nicht die Interessen der Mehrheit der Beschäftigten vertritt, dazu liegen bereits Veröffentlichungen vor. Weniger bekannt sind hingegen die Positionen, die im Umfeld der Partei zum kollektiven Arbeitsrecht, einem zentralen Feld der Arbeitsbeziehungen, vertreten werden.“ Darum gehe es in der Veröffentlichung, die dafür ausschließlich die öffentlichen Verlautbarungen aus der Partei untersucht. Welche Positionen innerhalb der Partei wirklich vertreten werden, insbesondere im Parteiflügel, dem eine Nähe zu faschistischen Positionen unterstellt werden kann, sei ebenso wenig Gegenstand der Untersuchung gewesen wie die Unterstützung aus dem AfD-Umfeld für mitbestimmungsfeindliche Betriebsgruppierungen. Für Klengel zeigen die Ergebnisse der Untersuchung: „Die AfD hat an der Frage, wie eine funktionierende Interessenvertretung vernünftige Arbeitsbedingungen und ein auskömmliches und gutes Leben für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiert, keinerlei Interesse.“

Um die Positionen der AfD nachzuzeichnen, hat Studienautor Barthel programmatische Texte, Bundestagsdokumente wie Plenarprotokolle, Anträge und Gesetzesentwürfe sowie zusätzlich Reden auf Versammlungen, Pressemitteilungen und Beiträge in den sozialen Medien von AfD-Abgeordneten ausgewertet.

Die Auswertung solcher Quellen sei besonders wichtig, weil die AfD bislang keine kohärente arbeitspolitische Agenda hat, so Barthel. Das Grundsatzprogramm spare Fragen des kollektiven Arbeitsrecht komplett aus, lediglich im Wahlprogramm 2021 gebe es einige unverbindliche und allgemeine Ausführungen. Im Bundestag habe die Partei nur wenige Anträge in diesem Bereich gestellt, die Wortbeiträ-

ge erschienen „wenig durchdacht“, teilweise widersprüchlich und „thematisch wie ein Flickenteppich“. Es seien aber einzelne Abgeordnete auszumachen, die sich auch jenseits des Parlaments regelmäßig positionieren und das Gesamtbild der AfD prägen.

Als roten Faden in den Stellungnahmen dieser Abgeordneten macht der Experte ein „nationalistisches Verständnis von Sozialpartnerschaft“ aus. Die Bedeutung von Mitbestimmung und Tarifautonomie werde zwar abstrakt anerkannt. „Wenn es konkret wird, richten sich die Forderungen der Partei aber unter dem Strich auf eine Schwächung der Machtressourcen der Beschäftigten.“

Wohlwollende Äußerungen zu Betriebsräten etwa sind der Studie zufolge fester Bestandteil der AfD-Rhetorik. Zugleich geben Vertreterinnen und Vertreter der Partei zu ver-

stehen, dass Interessenpolitik für Beschäftigte im Einklang mit den Zielen der Unternehmensleitungen stehen müsse. Forderungen, die den reibungslosen betrieblichen Ablauf stören könnten, werden ebenso abgelehnt wie eine Ausweitung der Mitbestimmung. Angriffe auf Gewerkschaften,

sogenanntes Union Busting, Mitbestimmungsvermeidung oder die Behinderung von Betriebsratswahlen werden nicht als relevante Probleme erachtet.

Auch das von Vertreterinnen und Vertretern der AfD bisweilen gehörte Lob auf die Tarifautonomie erweise sich als irreführend, schreibt der Forscher. Denn im konkreten Fall werde die Tarifautonomie gegen Verbesserungen zugunsten von Beschäftigten in Stellung gebracht, etwa gegen eine Mindestvergütung für Azubis oder einen höheren Mindestlohn. Das Streikrecht wollten einzelne AfD-Abgeordnete einschränken. Zudem gebe es Forderungen, Betriebsräte Tarifverträge abschließen zu lassen. Nach Barthels Einschätzung würde damit die Konkurrenz zwischen Belegschaften angeheizt und die Verhandlungsposition der Beschäftigten empfindlich geschwächt. Denn Betriebsräte dürfen beispielsweise gar nicht zu Streiks aufrufen, um ihren Forderungen Gewicht zu verleihen.

Die Koalitionsfreiheit werde ebenfalls zwar als abstraktes Prinzip gewürdigt, so Barthel. Praktisch lasse die AfD aber kein gutes Haar an den Gewerkschaften und versuche, ihren Einfluss zu schwächen. Sie werfe ihnen einerseits vor, sich nicht um die Interessen der Beschäftigten zu scheren, andererseits, dass sie mit „Klassenkampf-Rhetorik“ und überzogenen Forderungen dem Wirtschaftsstandort schadeten. <



DIE ANALYSE DER KONKRETEN POSITIONEN DER AfD ZEIGT, DASS ES SICH MITNICHTEN UM EINE ARBEITERPARTEI HANDELT.

Verführerisch einfach

Wir gegen die: Die simplen Botschaften populistischer Parteien sind auf Eigenarten der menschlichen Psyche und des Mediensystems zugeschnitten.

Die moderne Welt ist komplex: Immobilienkredite in den USA können Bankenkrisen in Europa verursachen, Emissionen der Industrieländer lassen Inseln im Pazifik versinken, Infektionen auf einem Markt in China lösen eine globale Pandemie aus. Im Kontrast dazu stehen die einfachen Wahrheiten des Populismus. Warum die zurzeit in vielen Demokratien so gut verfangen, hat der Soziologe Olaf Struck von der Universität Bamberg untersucht – und sich damit eines drängenden Problems der Gegenwart angenommen: „Die Auseinandersetzung mit den Mechanismen des Populismus ist aktuell die zentrale Herausforderung für die politische Bildung“, so Ralf Richter, der Leiter der Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung, die Strucks Studie gefördert hat.

Dem Soziologen zufolge nutzen populistische Bewegungen gezielt psychische und soziale Mechanismen für ihre Zwecke aus: Es gelinge ihnen, durch Vereinfachung, Desinformation, permanente Wiederholung und Emotionalisierung Aufmerksamkeit für ihre Themen zu erregen und die Anhängerschaft zu mobilisieren. Charakteristisch für den Populismus sei, dass er die Gesellschaft in zwei angeblich homogene Gruppen teilt, nämlich das „gute Volk“ und eine „niederträchtige und etablierte Elite“, gegen die es sich wehren müsse. Im Rahmen dieses Schemas sei es möglich, für beliebige Probleme sofort Schuldige zu benennen – allerdings nur mit Hilfe von Halbwahrheiten oder falschen Aussagen.

Dass populistische Parteien mit ihren irreführenden Behauptungen oft durchkommen, dürfte laut dem Forscher zum einen daran liegen, dass in den Augen vieler Anhängerrinnen und Anhänger der Zweck die Mittel heiligt. Und dieser Zweck erscheine ziemlich dringend: Schließlich gehe es in der apokalyptischen Vorstellungswelt solcher Parteien darum, den Untergang des Abendlandes abzuwehren.

Zum anderen gebe es bestimmte psychische Gesetzmäßigkeiten, die für die Verbreitung von Unwahrheiten instrumentalisiert werden können, heißt es in der Studie. So sei nachgewiesen, dass Informationen, die den eigenen Überzeugungen widersprechen, Unbehagen bereiten, sodass Menschen dazu neigen, Informationen so auszuwählen und zu deuten, dass sie das eigene Weltbild bestätigen. Dass populistische Ideologien an vertraute Vorurteile anknüpfen und für die verwirrenden Zumutungen der Gegenwart einfache Erklärungen bis hin zu Verschwörungserzählungen anbieten, mache sie attraktiv.

Eine zentrale Rolle spielen laut Struck zudem Emotionen. Diese ließen sich durch pauschale Behauptungen, Zuspit-

zungen und Lügen besser triggern als durch nüchterne Fakten oder differenzierte Analysen – und sorgten dafür, dass die populistischen Botschaften oft mehr Aufmerksamkeit erregen und besser im Gedächtnis bleiben als die Argumente der Gegenseite.

Für einen weiteren wichtigen Faktor hält der Wissenschaftler die soziale Identität: Menschen tendierten dazu, eher Informationen zu vertrauen, die aus einer sozialen Gruppe stammen, der sie selbst angehören, und die die Position dieser Gruppe stärken. Die populistische Unterscheidung zwischen „wir“ und „die“ erzeuge Akzeptanz selbst für irreführende oder falsche Aussagen. Die Selbstinszenierung als Vertretung der „normalen“ Leute, die von „denen da oben“ nicht ernst genommen und bevormundet werden, Sorge für emotionale Bindung.

Struck verweist außerdem auf Untersuchungen, die belegen, dass Wiederholungen Informationen vertrauter und damit glaubwürdiger machen. Solange Vereinfachungen oder Lügen oft genug aufgetischt werden, begännen Menschen, sie zu akzeptieren. Populistische Parteien wiederum nutzten gezielt eigene Kanäle und Plattformen, um ihre Thesen permanent zu wiederholen – auch dann, wenn sie längst widerlegt worden sind.

Der Analyse zufolge spielt auch die Funktionsweise der heutigen Medienlandschaft dem Populismus in die Hände. Die Informationsüberflutung, die mit der Digitalisierung eingesetzt hat, mache Vereinfachungen und schlichte Botschaften umso attraktiver. Schrille Parolen entsprächen zudem der Aufmerksamkeitsökonomie der sozialen Medien und damit den kommerziellen Interessen der Plattformen besser als sachliche Argumente.

Zusätzlich profitiere der Populismus davon, dass es vielen Menschen an der Zeit und der Kompetenz mangelt, Lügen und die Absichten dahinter zu durchschauen, erklärt der Autor. Mehr Aufklärung sei dringend nötig: „Um sich gegen die Strategien pauschaler Vereinfachungen und damit verbundener Unwahrheiten schützen zu können, ist es wichtig, die sozialen und kognitiven Mechanismen, die Menschen zu deren Akzeptanz verleiten, zu kennen.“ <



Quelle: Olaf Struck: Populismus als Strategie: Mechanismen von Vereinfachungen und falschen Aussagen, Working Paper der HBS-Studienförderung Nr. 4, September 2024 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin; Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen, Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls. Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

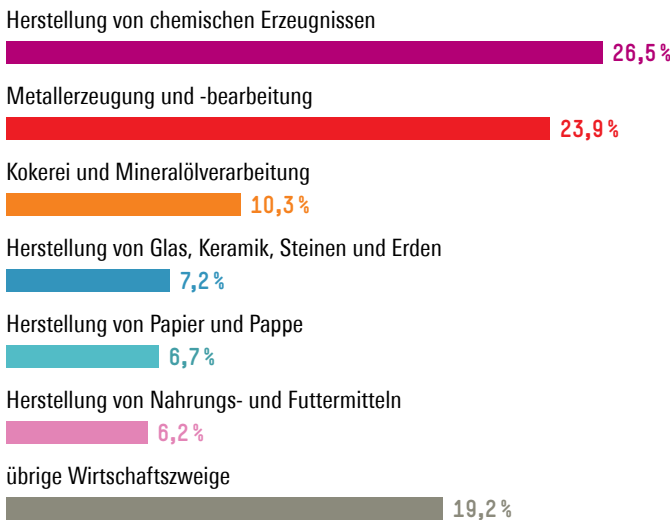
Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

PRODUKTION

Wer die meiste Energie braucht

2023 ist in den energieintensiven Branchen die Produktion um 11,2 Prozent zurückgegangen. Insgesamt verbrauchte die Industrie in Deutschland 3282 Petajoule. Davon entfielen auf ...



Quelle: Destatis, November 2024 [Link zur Studie](#)

ARBEITSMARKT

Weniger freie Stellen

Die Zahl der gemeldeten freien Arbeitsstellen betrug 2024 im ...

Oktober	689 000
September	696 000
August	699 000

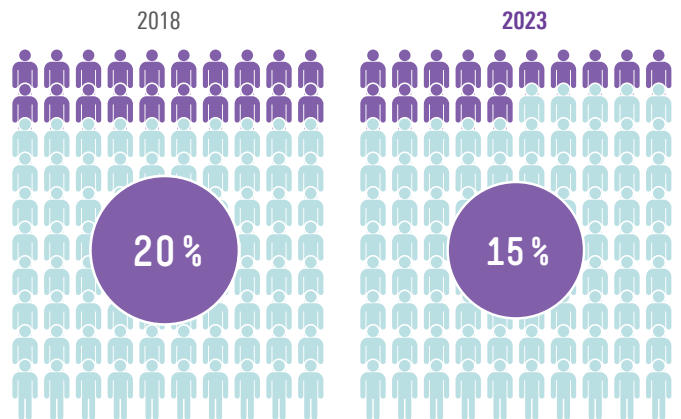
Quelle: BA, November 2024 [Link zur Studie](#)

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 5. Dezember

EINKOMMEN

Niedriglohnsektor ist geschrumpft

Weniger als zwei Drittel des mittleren Bruttolohns bekamen ...

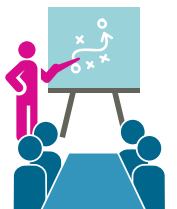


Quelle: DIW, Oktober 2024 [Link zur Studie](#)

ARBEITSWELT

Schlechte Organisation demotiviert

Mehr als ein Arbeitstag pro Woche geht in Deutschland durch ineffiziente Tätigkeiten im Job verloren. Das ist das Ergebnis einer Umfrage unter 5800 Beschäftigten. Im Schnitt verbringen die befragten Vollzeitbeschäftigten nach eigenen Angaben 8,7 Stunden ihrer Arbeitswoche mit wenig produktiven Tätigkeiten wie unnötigen Meetings oder redundanten Aufgaben. 45 Prozent der Befragten geben an, unzufrieden mit dem Einsatz der eigenen Talente im Job zu sein. Ein Drittel dieser Menschen vermutet, sie könnten an anderer Stelle mehr leisten. Fast die Hälfte aller Befragten ist unzufrieden mit dem Arbeitgeber. <



Quelle: Eurostat, Oktober 2024 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm